



INDUSTRIEPOLITIK IN ZEITEN DER DEINDUSTRIALISIERUNG WARUM DER STRUKTURWANDEL NICHT DAS ENDE IST

EDITORIAL

Vor einem Jahr hat Mario Draghi in einem viel beachteten Bericht eine Wende in der europäischen Wirtschaftspolitik eingefordert. Denn Europas industrielle Basis erodiert, während der Freihandel bröckelt und Energie teuer bleibt. Das gefährdet Wohlstand, Sicherheit und soziale Stabilität – denn auch der Dienstleistungssektor lebt von einer starken Industrie. Im aktuellen geopolitischen Chaos aus Zöllen und Gegenzöllen hat sich Georg Lundström-Halbgebauer intensiv mit dem beschäftigt, was heutzutage flapsig „Industriepolitik“ genannt wird – also zielgerichtete Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Standorts.

Eine Kernbotschaft dieses Policy Briefs: Strukturwandel lässt sich kaum und nur sehr teuer aufhalten – eine marktwirtschaftlich orientierte Industriepolitik sollte danach trachten, dass die Industrie nicht zusätzlich unter den politischen Rahmenbedingungen leidet. Was Europa braucht, um wieder wettbewerbsfähiger zu werden, sind niedrigere Energiekosten, in Ländern wie Österreich auch niedrigere Lohnstückkosten, dafür eine Wirtschaftspolitik, die die Innovationskraft stärkt. Entscheidend für Europa ist auch die Erschließung neuer und die Stärkung der bestehenden Märkte – das gilt insbesondere für den EU-„Single Market“. Von einem EU-weiten Subventionswettlauf unter dem Deckmantel der Industriepolitik hat hingegen niemand etwas.

Die Frage ist nicht ob, sondern wie schnell wir handeln. Wie immer gilt in der Politik, dass es Prioritäten braucht – das sind Deregulierung, Energieunion und Netzausbau sowie die Kapitalmarktunion samt der Scale- und Start-up-Finanzierung. Europa kann der ungewünschten Deindustrialisierung durchaus einiges entgegensetzen und dabei die Prinzipien von Wettbewerb und Freihandel hochhalten.

Lukas Sustala
Leiter Thinktank NEOS Lab

INHALT

Zentrale Aussagen	2		
Einleitung	4		
Herausforderung und Faktenlage	6	Handlungsempfehlungen	19
Freihandel in Gefahr	7	Energiepreise senken	19
Handel oder Krieg?	9	Kostenwahrheit für Emissionen	21
Autarkie erwünscht?	11	Kluge Politik braucht klare Daten	22
Europa: Handelsriese mit Achillesfersen	12	Mehr Resilienz bei kritischen Rohstoffen	22
Exportnation Österreich	16	Innovation durch Start-ups und Risikokapital	23
Zwischenbilanz	18	Roboter statt Arbeiter	24
		Märkte, Märkte, Märkte!	24
		Quellenverzeichnis	26

ZENTRALE AUSSAGEN

- Die EU hat sich in den letzten 30 Jahren merklich **de-industrialisiert**. Das ist zum Teil eine natürliche Begleiterscheinung erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung, zum Teil aber ein **Zeichen wirtschaftlicher Schwäche**. Auch der Dienstleistungssektor **braucht eine starke Industrie als direkten und indirekten Auftraggeber sowie als Testlabor**, um innovativ und international wettbewerbsfähig zu bleiben.
- Die **geopolitische Lage** ist massiv angespannt. Die regelbasierte internationale Ordnung droht zu zerbrechen, und damit auch der internationale Freihandel. In diesem Umfeld darf sich die EU nicht mehr auf die Gutmütigkeit ihrer Handelspartner verlassen, sondern sie muss die **Sprache der Macht** erlernen. Sie sollte die Gunst der Stunde nutzen, nach **Verbündeten** mit gemeinsamen Interessen suchen und sich so den **Zugang zu wichtigen Märkten** sichern.
- Die **Energiepreise** können kurzfristig durch **Steuer-senkungen** und gezielte **Preisdämpfungen**, mittelfristig durch eine Reform der Kostenverteilung von Netz- und Infrastrukturausbau und langfristig durch den **Umstieg auf erneuerbare Energie** und die Vollendung der europäischen Energieunion gesenkt werden. Für Letzteres braucht es höhere Mittel für TEN-E-Projekte im nächsten EU-Budget.

- **Diversifizierung der Lieferketten durch gezielte Freihandels-Partnerschaften**, EU-weit koordinierte Lagerhaltung und gesetzliche Vorgaben für zirkuläres Produktdesign sowie Recycling können Europas **Resilienz bei kritischen Rohstoffen stärken**.
- Um hohe Lohnkosten zu kompensieren, sollte die Industrie auf **Innovation, Automatisierung und Digitalisierung** setzen. Der Trend geht zu wenigen, hochspezialisierten Fachkräften. Klassische Arbeiter:innen werden in der Industrie immer seltener. Der Staat kann helfen, indem er die im internationalen Vergleich hohen Lohnnebenkosten senkt, (Aus-) Bildung und lebenslanges Lernen priorisiert und attraktive Bedingungen für internationale Fachkräfte schafft.

EINLEITUNG

Europas Industrie hat ernsthafte Schwierigkeiten. Wirtschaftsleistung und Produktivität sind in den letzten 20 Jahren hinter anderen großen Volkswirtschaften zurückgeblieben. Strategische Lieferketten sind nicht ausreichend diversifiziert, und es fehlt an hunderten Milliarden Euro für Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation.

Eine **starke Wirtschaft** ist kein Selbstzweck: Sie sorgt für **Frieden im Inneren und Äußeren**. Eine geschwächte Wirtschaft hingegen verstärkt gesellschaftliche Spannungen, beflügelt die politischen Ränder und gefährdet den inneren und äußeren Frieden. Und Frieden ist 2025 keine Selbstverständlichkeit mehr: **Handelskriege** und Zollschlachten sind aus der Geschichte auferstanden, genauso wie konventionelle Kriege. Die sukzessive Hinwendung der **USA** zu einem umfassenden „America First“ bringt die geopolitische Machtbalance ins Wanken. Einst Schutzmacht Europas, sind die USA nun zum Widersacher geworden. Putins **Russland** führt einen **hybriden Krieg** gegen Europa, mit Waffen in der Ukraine sowie Desinformationskampagnen, Sabotageakten und Cyberangriffen in und rund um die EU. Und das autoritäre **China** strebt unter Xi Jinping danach, die neue Ordnungsmacht des internationalen Systems zu werden. Dazu kommt die instabile Lage im Nahen Osten, wo jeden Augenblick ein internationaler Konflikt ungeahnten Ausmaßes ausbrechen könnte. **Die Risiken wachsen täglich.**

Um die Risiken unserer Zeit bewältigen zu können, muss ein **freies Europa** wirtschaftlich und militärisch **auf eigenen Beinen** stehen. Dafür braucht es eine **robuste Industrie**.



HERAUSFORDERUNG UND FAKTENLAGE

Über die letzten Jahrzehnte sank der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung in fortgeschrittenen Volkswirtschaften zusehends, so auch in Europa. Ökonom:innen sehen in dieser „Deindustrialisierung“ oft das natürliche Ergebnis erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung (Rowthorn/Ramawamy 1999).

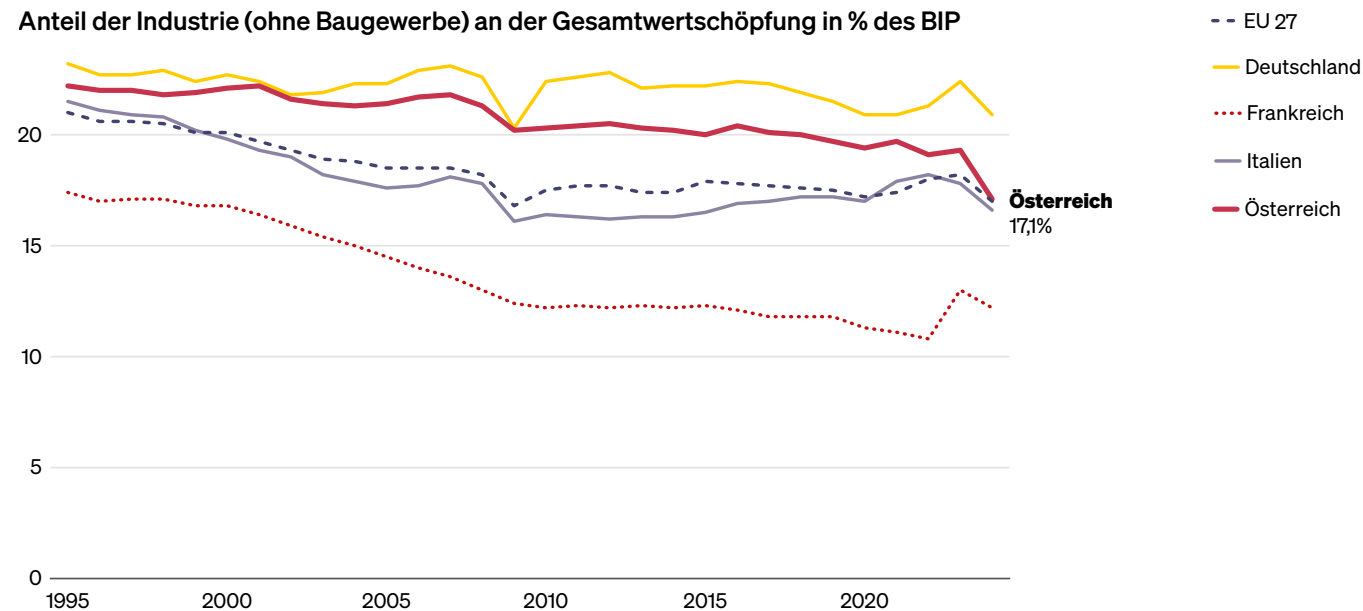
Je reicher eine Volkswirtschaft wird, so die These, desto weniger trägt die klassische Industrie zur gesamten Wirtschaftsleistung bei, und der Dienstleistungssektor dominiert. Dennoch gab es bereits in den

1980er Jahren Bestrebungen, Europas Wirtschaft zu reindustrialisieren. Politisch relevant wurde das Argument infolge der Finanz- und Eurokrise (2008–2009).

Bisherige EU-Initiativen brachten aber **gemischte Ergebnisse**. Während in manchen Regionen eine (partielle) Reindustrialisierung stattfand, deindustrialisierten sich andere weiter. Mancherorts setzte sich die industrielle Entwicklung trotz der globalen Finanzkrise ungebrochen fort (Capello/Cerisola 2023). Die vielfach angekündigte **Industriepolitik** war also bisher **nur bedingt wirksam**.

Deindustrialisierung schreitet voran

Anteil der Industrie (ohne Baugewerbe) an der Gesamtwertschöpfung in % des BIP



Grafik: Georg Lundström-Halbgebauer • Quelle: Eurostat

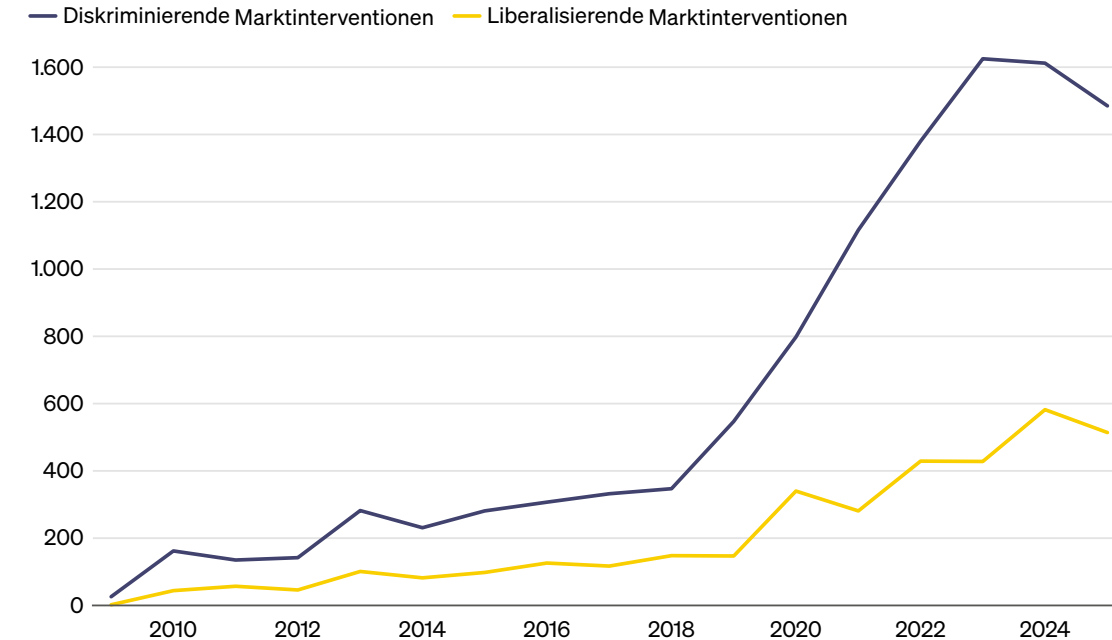
Seit 2020 wurden weltweit deutlich **mehr Maßnahmen** erlassen, die den internationalen **Freihandel hemmen**, als solche, die ihn liberalisieren würden. Wahrscheinlich ist die **Welt** auch deshalb **messbar gefährlicher geworden**: Mit 61 aktiven Konflikten in 36 Ländern gab es **2024 die meisten staatlichen Konflikte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs**; 2020 bis 2024 die meisten Toten (Rustad 2025).

Freihandel in Gefahr

Der **internationale Freihandel droht zu kollabieren** und scheint durch **immer neue Handelskriege** abgelöst zu werden. So eskalierten die USA im April 2025 ihren seit 2018 bestehenden Handelskrieg mit China. Seither heben die Vereinigten Staaten einen Basiszoll von 10 Prozent auf alle Importe ein. Die Wochen und

Der Freihandel in der Krise

Neue Marktinterventionen nach ihrer Wirkung auf den Welthandel (weltweit)



Quelle: Global Trade Alert

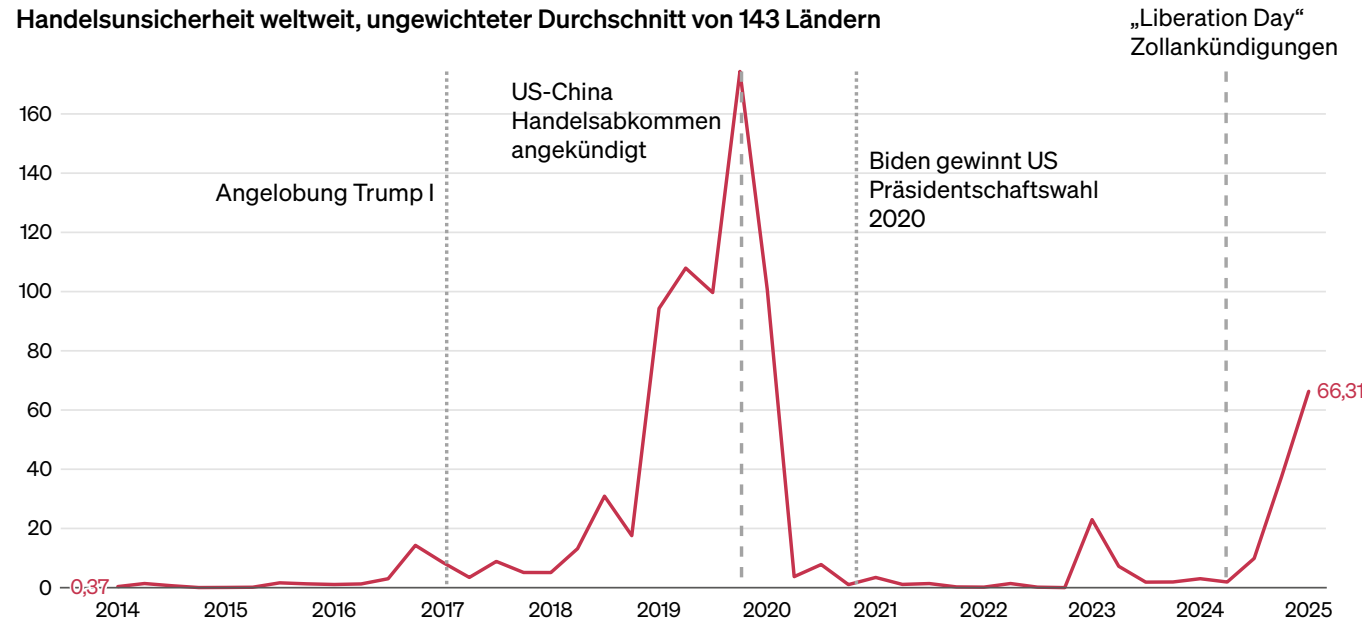
Monate nach der Ankündigung dieser neuen US-Zölle waren geprägt von **Chaos**. Und das erratische Verhalten der US-Regierung sorgt für **Verunsicherung auf den Weltmärkten** (siehe Grafik).

Für Waren aus China galten zu Spitzenzeiten Einfuhrtaxen von 145 Prozent. Für die EU waren es bis zuletzt 20 Prozent (zunächst ausgesetzt bis 9. Juli, dann bis 1. August 2025, dann per Ankündigung auf 30 Prozent erhöht). Daneben standen Sektorzölle von

25 Prozent auf Autos und 50 Prozent auf Stahl und Aluminium. Am 27. Juli erreichten die USA und die EU eine politische Einigung, derzufolge die USA nun einen Höchstzoll von 15 Prozent für Waren aus der EU einheben. Einige strategische Waren wie Flugzeuge und Flugzeugteile, Chemikalien und Medikamente werden geringer besteuert. Zusätzlich stimmte die Kommission (fossilen und nuklearen) Energiekäufen im Wert von 750 Milliarden Euro, dem Ankauf von US-Chips für KI-Anwendungen im Wert von 40 Milliarden Euro

US-Politik sorgt für weltweite Verunsicherung

Handelsunsicherheit weltweit, ungewichteter Durchschnitt von 143 Ländern



Nach Ahir, H, N Bloom, and D Furceri (2022), "World Uncertainty Index", NBER Working Paper.

Quelle: NBER World Uncertainty Index

und Investitionen in die USA in der Höhe von 600 Milliarden Euro zu. Die Bedingungen des Abkommens sind in einer gemeinsamen Erklärung grob umrissen, müssen aber im Detail geklärt und verhandelt werden. Es bleibt also spannend. Während das Abkommen in seiner jetzigen Form viel zu wünschen übrig lässt, ist es eine massive Verbesserung für die europäische Auto- und Stahlindustrie.

Durch die US-Zölle **droht das weltweite Handelsvolumen deutlich abzunehmen**. Sollten die USA ihre Zollpolitik nicht radikal revidieren, wird das weltweite BIP wohl um **0,3 Prozentpunkte weniger wachsen**, als noch im März 2025 angenommen (Sweet et al. 2025). Die **Folgen für die EU** sind zwar negativ, aber **verkräftbar**: Das BIP wird voraussichtlich um 0,3 Prozent schrumpfen. **Deutschland** würde aller Wahrscheinlichkeit nach **besonders hart getroffen** und einen Rückgang von 0,4 Prozent des BIP erleiden. Die Arbeitsmärkte der Regionen Stuttgart (Baden-Württemberg) und Braunschweig (Niedersachsen) sind besonders anfällig, was vor allem an der dort ansässigen **Automobilindustrie** liegt. In **Österreich** sind es die Bundesländer Oberösterreich und Steiermark, wo sich wichtige **Zulieferbetriebe** für die deutsche Autoindustrie befinden (Barata da Rocha/Boivin/Poitiers 2025). Pekings **Vergeltungsmaßnahmen** für US-Zölle treffen die EU-Autobranche ebenso. **Chinas Exportbeschränkungen auf seltene Erden** führten bereits zum **Stillstand** mehrerer **europäischer Produktionsanlagen**. Mit weiteren Ausfällen ist zu rechnen.

Einig sind sich die USA und die EU darin, dass sie **China wettbewerbsverzerrende Subventionen** vorwerfen. Tatsächlich hat China zwischen 2009 und 2022 seine Industrie intensiv subventioniert (Rotunno/Ruta 2024). Das hat die Exporte gesteigert und zugleich Importe begrenzt. Insbesondere die Preise von Metallerzeugnissen, Möbeln und Autos sanken dadurch erheblich, wodurch die Exportmengen massiv zunahmen. Während die **USA** mit dem Inflation Reduction Act (IRA) und die **EU** mit dem Green Deal, nun aktualisiert als Clean Industrial Deal, **ebenso Gebrauch von Subventionen** machen, ist die **Anzahl an Markteingriffen in China** im Vergleich **am größten**. Das bedeutet aber nicht, dass der aktuelle **Subventionswettlauf** zwischen den drei größten Wirtschaftsmächten der Welt sinnvoll oder notwendig ist.

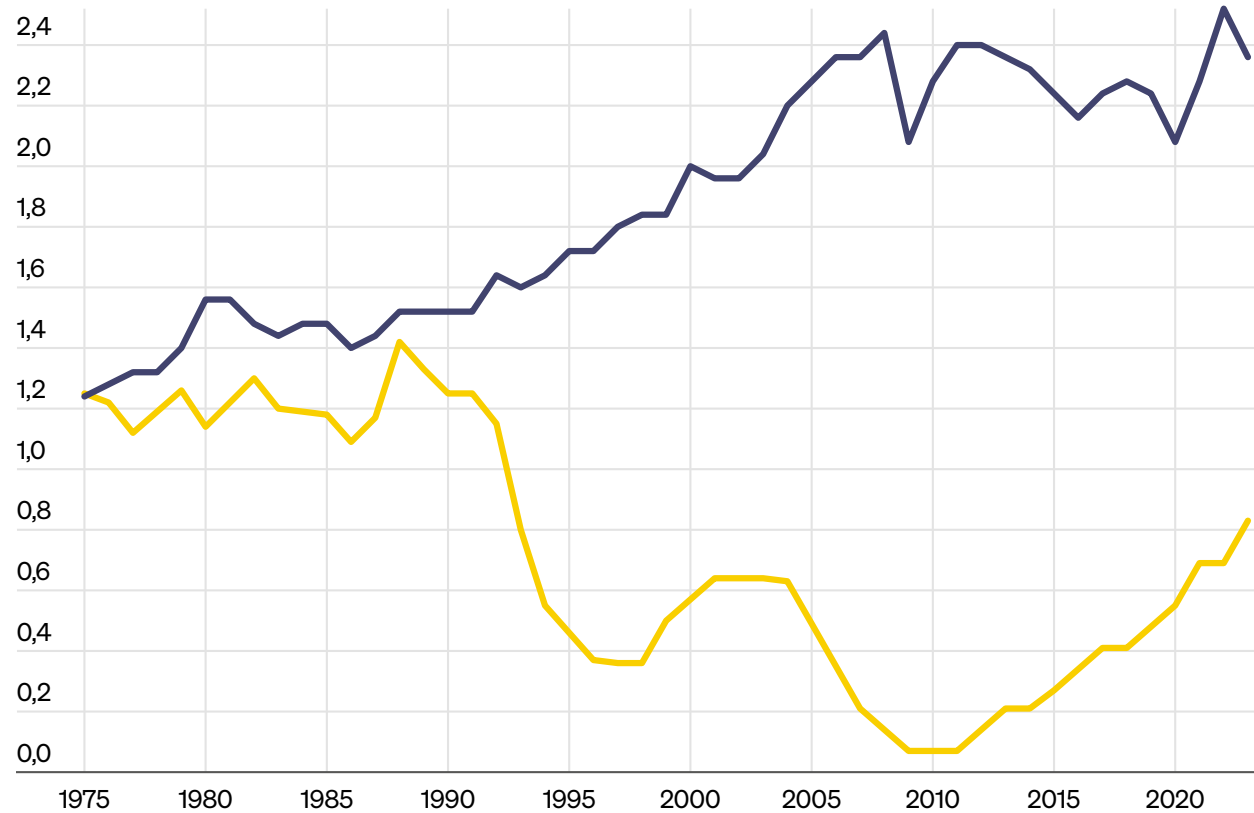
Handel oder Krieg?

Ob Chinas Subventionen und die Zölle der USA illegal sind, hat der **Streitschlichtungsmechanismus** der Welthandelsorganisation (WTO) zu entscheiden. Eine abschließende Klärung der Rechtsfrage wird allerdings ausbleiben, weil die **USA** durch ihr Veto verhindern, dass neue Mitglieder des **WTO-Berufungsgremiums** bestellt werden können. Dadurch ist es seit Dezember 2019 nicht mehr in der Lage, Berufungen anzuhören, was bedeutet, dass erstinstanzliche **Schiedsverfahren**, deren Ergebnis angefochten wird, **ohne verbindliche Entscheidung** bleiben. Durch die US-Blockade des Berufungsgremiums sind die

Frieden durch Handel

Je höher der Anteil des Welthandels am globalen BIP, desto seltener sind bewaffnete Konflikte zwischen Staaten (Werte indexiert)

— Konfliktwahrscheinlichkeit — Außenhandelsquote



Die Konfliktwahrscheinlichkeit ist die Anzahl an zwischenstaatlichen bewaffneten Konflikten geteilt durch die Anzahl an Staaten im selben Jahr. Dargestellt ist der gleitende 5-Jahres-Durchschnitt sowie die Außenhandelsquote indexiert bei 1970 = 1.

Grafik: Lukas Sustala • Quelle: Uppsala Conflict Data Program, Correlates of War, OECD, World Bank, eigene Berechnungen

Legitimität der WTO als Institution und das **regelbasierte multilaterale Handelssystem** als solches **massiv infrage gestellt**.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete **Friedensordnung**, bestehend aus der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF), den Vereinten Nationen (UNO), und dem General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) als Vorläufer der Welthandelsorganisation (WTO) garantierte über Jahrzehnte Frieden und Stabilität. Die Trump-Regierung erwägt nun ernsthaft, aus dem IWF und der Weltbank auszusteigen, nachdem die USA sich bereits aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem Pariser Klimaabkommen zurückgezogen haben.

Als **Symptom der Krise des Multilateralismus** sind nach einer jahrzehntelangen Phase der weltweiten Handels-Liberalisierung nun **Zölle und Handelskriege** wieder an der Tagesordnung. Das ist nicht nur schlecht für die Wirtschaft, sondern **gefährdet den Weltfrieden**. Denn es gibt einen klaren **Zusammenhang zwischen Sicherheit und Freihandel**. So zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit für bewaffnete Konflikte zwischen Staaten negativ mit der Handels-offenheit korreliert: **Mehr Handel** bedeutet also weniger Krieg. Deshalb könnten die aktuellen Handelskriege **Vorboten eines viel größeren Konflikts** sein.

Autarkie erwünscht?

Die jüngsten geopolitischen Entwicklungen erschüttern auch den Freihandel. **Aus politischen Gründen** halten es daher viele Politiker:innen für **nötig**, zumindest einen Teil der Wirtschaft **zu reindustrialisieren**, um Aufgaben wie die Herstellung von Grundnahrungsmitteln, Medikamenten, Medizinprodukten und Rüstungsgütern, die Energieversorgung oder den Abbau und die Weiterverarbeitung von seltenen Erden unabhängig sichern zu können. Die Unabhängigkeit von Lieferanten ist das Gebot der Stunde.

Doch Industriepolitik ist **nicht nur geostrategisch notwendig** – auch ökonomische Argumente sprechen dafür: Die Wirtschaftsleistung der EU stammt zum Großteil aus dem **Dienstleistungssektor**. Damit dieser leistungsfähig bleiben kann, **braucht** es eine starke **industrielle Basis** (Peneder/Kaniovski/Dachs 2003). Vor diesem Hintergrund ist es essenziell, **Industriestandorte zu halten**, weil einmal **abgewanderte Industrien nie mehr zurückkehren**, selbst wenn die Gründe für die Abwanderung später wegfallen (Van Der Ploeg 2011).

Europa: Handelsriese mit Achillesfersen

Die **europäische Industrie** steht vor **erheblichen Herausforderungen**. Seit 2020 ist ein **deutlicher Rückgang der Produktivität** zu beobachten, der in der Herstellung von Waren zwar etwas verzögert, aber dafür noch stärker eingetreten ist. Dazu kommen die weiterhin **hohen Energiekosten**. Der Preis für Erdgas war in der EU 2024 immer noch dreimal höher als in den USA.

Deutschland hatte mit 28 Prozent des Werts an abgesetzten Waren 2023 die mit Abstand **größte Industrie der Europäischen Union**. Weit **dahinter** rangierten **Italien** (14 Prozent) und **Frankreich** (12 Prozent) (Eurostat 2025a). Der durchschnittliche Anteil des sekundären Sektors am BIP liegt dort mit 21,7 Prozent im EU-Spitzenfeld. Die wichtigste Branche ist die Autoindustrie.

EU-weit waren die **wichtigsten Warengruppen** nach **Verkaufswert** 1. Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, 2. Kraftfahrzeuge und Transportmittel sowie 3. Metalle und Metallprodukte. 2023 hatten sie zusammen einen Anteil von 47 Prozent am Wert aller verkauften Waren (Eurostat 2024).

16 Prozent der 2023 verkauften EU-Waren sind **Kfz und andere Transportmittel**. Die Autoindustrie ist damit ein **strukturell wichtiges Segment** der europäischen Wirtschaft. Die EU ist ein **Nettoexporteur** von

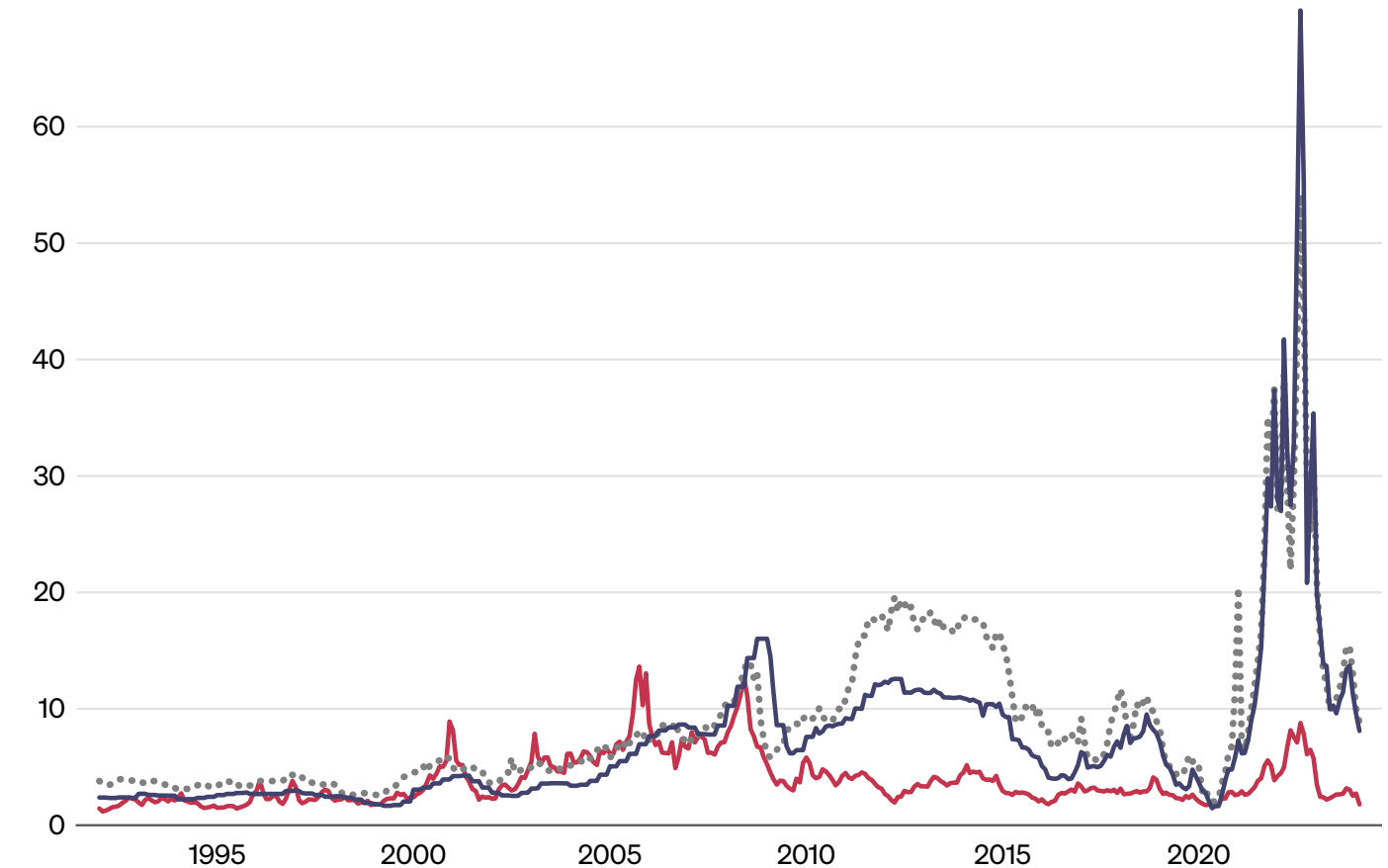
Fahrzeugen und Autoteilen. Die wichtigsten **Handelspartner** sind die **USA**, gefolgt vom **Vereinigten Königreich**, von **China**, der **Türkei** und der **Schweiz** (Eurostat 2025b). Die europäische **Autoindustrie leidet** stark unter den Verwerfungen auf den Weltmärkten. Auch der **Wettbewerbsdruck** durch China ist enorm, insbesondere was **batterie-elektrische Fahrzeuge** betrifft, die unter anderem durch massive Subventionen deutlich günstiger sind als vergleichbare in Europa gefertigte Modelle. Die **Abhängigkeit von externen Rohstofflieferanten** ist groß, etwa bei seltenen Erden und Metallen. Erschwerend kommt der hohe Energiebedarf der Branche hinzu. Obwohl die Automobilbranche also nicht der wichtigste Industriezweig der EU ist, besteht hier **dringender Handlungsbedarf**.

Metalle und Metallerzeugnisse machten 2023 **14 Prozent** des Verkaufswerts aller Industriegüter der Europäischen Union aus (Eurostat 2024). Die Metallerzeugung und -verarbeitung ist **einer der vier energieintensivsten Industriezweige (EII) der EU**, gemeinsam mit der chemischen Industrie, der Gewinnung und Verarbeitung nichtmetallischer Mineralien und der Papierindustrie. Deshalb ist Europas energieintensive Industrie besonders **anfällig für externe Preisschocks**. Die Energiewende kann helfen, das zu vermeiden und zugleich die EU-Verpflichtungen nach dem Pariser Klimaabkommen erfüllen. Dafür sind **massive Investitionen nötig**: Allein die Stahlindustrie braucht im Zeitraum 2031–2040 rund 100 Milliarden Euro. **Alle vier EII** (Metallerzeugung, Chemische Industrie, Nichtmetall-Mineralien- und Papierindustrie)

Europas Gaspreis bleibt 3-mal so hoch wie in den USA

Preise in US-Dollar je mmBTU*

— Europa (TTF) ... Asien — USA (Henry Hub)



*million British thermal units = 26,4 Standard Kubikmeter Gas, basierend auf einem Energieinhalt von 40 Megajoule/m³

Quelle: IMF Primary Commodity Index.

brauchen laut Draghi-Bericht zusammen von 2025 bis 2040 voraussichtlich etwa **500 Milliarden Euro** an Investitionen.

Der **Clean-Tech-Sektor** hat **massives Wachstums-potenzial**. Angetrieben von industriepolitischen Initiativen wie dem Net-Zero Industry Act und nationalen Fördermaßnahmen entstehen europaweit neue Produktionsstandorte – mit **Deutschland als führendem Standort**, aber auch zunehmender Dynamik in Ländern wie **Polen** und **Ungarn**. In Bereichen wie **Photovoltaik, Windkraft, Batterien und Wasserstoffelektrolyse** hat sich bereits eine solide industrielle Basis etabliert. Dennoch besteht Nachholbedarf bei der Fertigung von Batteriezellen und Solarmodulen, wo China und zunehmend auch die USA dominieren. Auch die **starke Abhängigkeit von Importen kritischer Rohstoffe** birgt erhebliche Risiken. Zudem **stagnieren die Investitionen**. Die EU muss im Clean-Tech-Sektor wettbewerbsfähig sein, um ihre Position als globale Wirtschaftsmacht abzusichern. Das ist **kein ideologischer Klima-Aktivismus**, sondern knallharte wirtschaftliche Realität: Der **Weltmarkt** für die sechs wichtigsten sauberen Energietechnologien (Photovoltaik, Windturbinen, Elektroautos, Batterien, Elektrolyseure und Wärmepumpen) soll laut Einschätzung der Internationalen Energieagentur **bis 2035** auf mehr als **2 Billionen US-Dollar** wachsen und ein Handelsvolumen von 600 Milliarden US-Dollar erreichen. **Wer das verschläft, verliert.**

Die **Rüstungs- und Dual-Use-Industrie** ist eine **Wachstumsbranche** von wesentlicher strategischer Bedeutung für Europa. 2023 erwirtschaftete sie einen Jahresumsatz von rund 290 Milliarden Euro, was einem weltweiten Marktanteil von 24,6 Prozent entspricht. In den letzten Jahren **wuchs** die Branche **massiv**. Dieser **Trend wird sich** voraussichtlich **fortsetzen**, da die **Nachfrage steigt**. 2024 gaben die **europäischen NATO-Staaten** laut Stockholmer Institut für Internationale Friedensforschung **454 Milliarden Euro** für Verteidigung aus, was 30 Prozent der gesamten NATO-Ausgaben entspricht. Die **EU-Verteidigungsausgaben** betrugen 2023 1,3 Prozent des BIP. 2024 waren es bereits 1,5 Prozent, und schon **2025** sollen sie auf **1,6 Prozent** steigen.

Besonders anfällig ist die Rüstungsindustrie der Europäischen Union, was die **Versorgung mit kritischen und strategischen Rohstoffen** betrifft. Die beiden Rohstoffe mit **besonders hohem Risiko** für die Rüstungsindustrie sind **Graphit** und **Aluminium**. Sie werden **für fast alle militärischen Anwendungen benötigt**, vom **Kampffjet bis zur Munition**. **China dominiert hier konkurrenzlos**: Es produziert 73,7 Prozent allen Graphits und 60 Prozent des Aluminiums (The Energy Institute (EI) 2025).

Problematisch ist Europas **Abhängigkeit von der NATO** und insbesondere von den USA im Hinblick auf **multidimensionale strategische Fähigkeiten**, ohne die die Einsatzfähigkeit der europäischen Streitkräfte erheblich eingeschränkt wäre. Europas **Abhängigkeit**

von Rüstungsimporten aus Drittstaaten wird jedoch in der aktuellen Debatte **überbetont**. Für EU-Staaten ist hier eine **Importquote** von etwa **10 Prozent** üblich. Der Großteil der Rüstungsausgaben fließt an nationale Produzenten. Ein erheblicher Anteil der (ohnehin kleinen) Importe kommt aus der EU. Zudem kommen viele der Non-EU-Rüstungsimporte aus NATO-Staaten, die als strategisch zuverlässig gelten (Mejino-López/Wolff 2024). Um eine glaubwürdige **europäische Abschreckung** zu gewährleisten, **reicht** die derzeitige **Produktionskapazität** aber bei weitem **nicht aus**. Dafür bräuchte es **mehr Material, als Frankreich, Deutschland und Italien zusammen haben**.

Exportnation Österreich

Der österreichische **Außenhandel** mit Waren ist eine **tragende Säule der heimischen Wirtschaft**. Mit einer Exportquote von 56,9 Prozent lag Österreich deutlich über dem EU- und Eurozonen-Schnitt (Wirtschaftskammer Österreich (WKO) 2025a). Trotz eines leichten Rückgangs verzeichnete Österreich **2024** erstmals seit 16 Jahren einen **Handelsbilanzüberschuss**. Die **wichtigsten Exportmärkte** sind **Deutschland**, die **USA** und **Italien**. Der **wichtigste Importpartner** ist ebenso **Deutschland**, gefolgt von **China** und **Italien**.

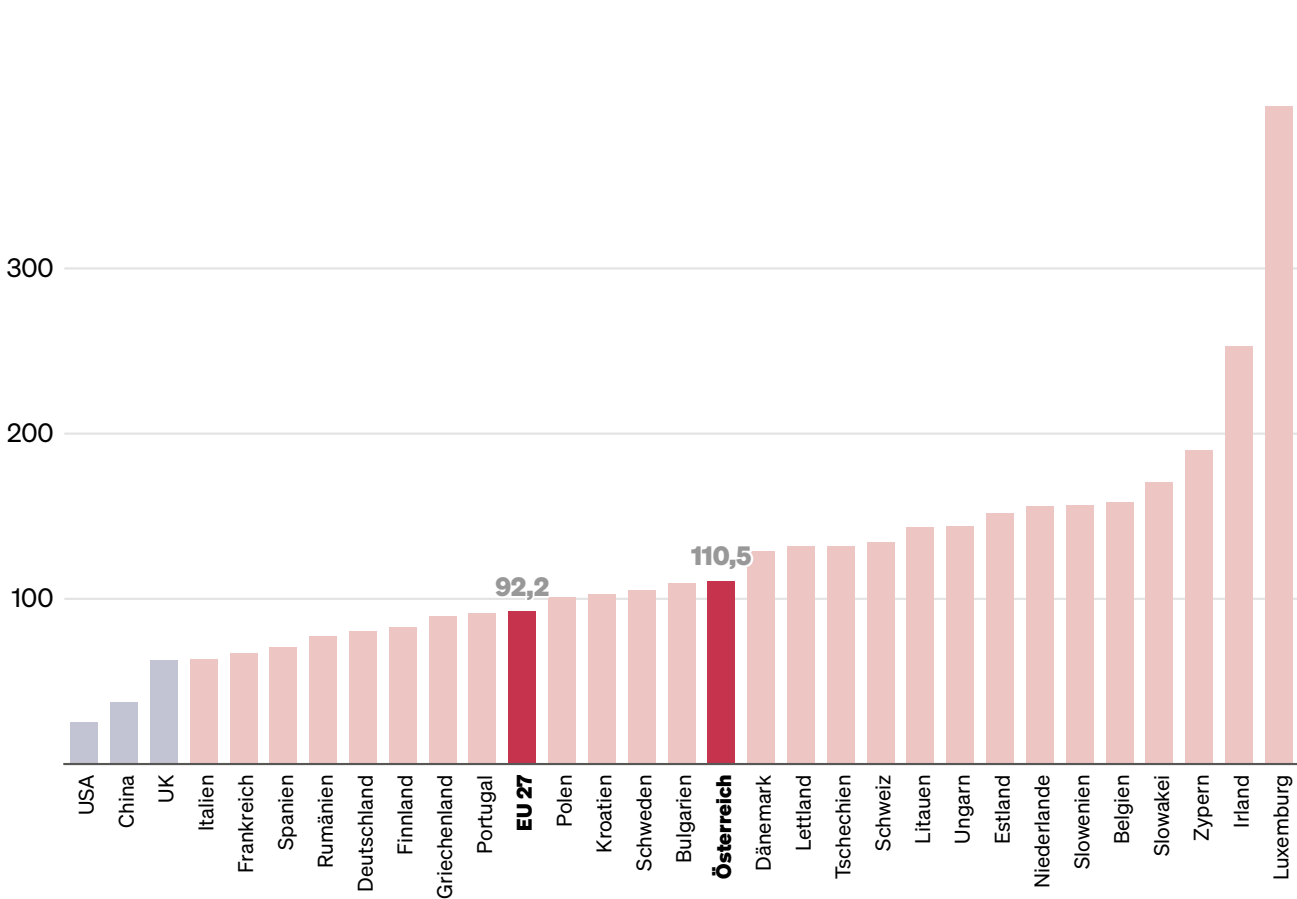
Besonders wichtig für Österreichs Außenhandel sind Maschinenbau, Fahrzeuge und Fahrzeugteile sowie die chemische Industrie. Weitere Top-Produktgruppen im österreichischen Export sind unter anderem Eisen und Stahl, Nahrungsmittel und Getränke. Rund **78 Prozent der exportierten Waren gehen nach Europa** (WKO/ Außenwirtschaft Austria 2025).

2023 exportiert die **österreichische Fahrzeugindustrie** 84 Prozent ihrer Produktion. Etwa drei Viertel der Exporte gingen ins EU-Ausland; fast ein Drittel der Gesamtexporte an den wichtigsten Außenhandelspartner Deutschland (ACEA 2025). Daher ist die österreichische Autoindustrie **stark von Deutschland abhängig**. Auch Österreichs **Chemieindustrie** hat mit 74,5 Prozent eine hohe Exportquote. Der **wichtigste Handelspartner** ist auch hier **Deutsch-**

land, gefolgt von der **Schweiz**, **Italien**, den **USA** und **Frankreich** (Wirtschaftskammer Österreich (WKO) 2025b). Österreichs **Elektro- und Elektronikbranche droht abzuwandern**. Mit einer konstant hohen Exportquote von zuletzt 83,9 Prozent ist die Branche **besonders vom Außenhandel abhängig**. Die fünf wichtigsten Absatzmärkte sind **Deutschland** (29,8 Prozent), die USA (6,8 Prozent), China (4,6 Prozent), Ungarn (4,4 Prozent) und die Schweiz (3,8 Prozent). (Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie 2025). Würde die Branche abwandern, beträfe das auch die Forschung und Entwicklung. Fielen die außerordentlich hohen Forschungsausgaben dieser Branche weg, würde das den tertiären Sektor schwächen und damit die **Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft langfristig schädigen**.

Handel ist überdurchschnittlich wichtig für Österreich

Außenhandelsquote im internationalen Vergleich (Exporte + Importe in % des BIP)



Grafik: Georg Lundström-Halbgebauer • Quelle: Weltbank

ZWISCHENBILANZ

Europas Industrie steht vor großen Herausforderungen. Die Produktivität stagniert, es fehlt an Milliardeninvestitionen für Forschung, Entwicklung und Innovation, und Lieferketten sind gefährlich abhängig von externen Akteuren, die nicht Europas beste Interessen im Sinn haben. In dieser Lage wird deutlich: Eine starke Wirtschaft ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für Handlungsfähigkeit nach innen wie nach außen. Während Europas Wirtschaft vom Dienstleistungssektor lebt, braucht dessen Produktivität, Innovationskraft und Resilienz eine starke industrielle Basis.

Die geopolitische Lage ist instabil. Russland führt einen hybriden Krieg gegen Europa. China nutzt massive Subventionen, um seine Industriestrukturen zu dominieren. Und die USA – ehemals europäische Schutzmacht – destabilisieren mit erratischer Zollpolitik das regelbasierte Handelssystem. Das Berufungsgremium der WTO ist durch ein US-Veto blockiert; Streitfälle bleiben ungelöst. **Handelskriege ersetzen Freihandel** – mit nachweislich wachsender Kriegsgefahr.

Vor diesem Hintergrund droht Europa zum geopolitischen Spielball zu werden. Die jüngsten **Zölle** der USA etwa **treffen Europas exportabhängige Schlüsselindustrien** empfindlich – insbesondere die **Automobilbranche** in Deutschland und Österreich. Parallel **gefährden Chinas Exportkontrollen bei kritischen Rohstoffen** und seltenen Erden die industrielle **Produktionsfähigkeit**. Europa bleibt abhängig – sowohl von Importen als auch von geopolitischer Stabilität, die es kaum noch selbst garantieren kann.

Die Rüstungs- und Dual-Use-Industrie gewinnt in diesem strategischen Umfeld an Bedeutung. Doch ihre Produktionskapazitäten reichen nicht für eine glaubwürdige europäische Abschreckung. Rohstoffabhängigkeiten – insbesondere bei Graphit und Aluminium – sind bedrohlich hoch. Während die EU besser in der Lage ist, ihre eigenen Rüstungsgüter herzustellen, als allgemein angenommen wird, bestehen **Defizite bei multidimensionalen Fähigkeiten**, wo die Abhängigkeit von den USA besonders groß ist.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

In der Industriepolitik gibt es keine Wunderwaffe. Es gibt nur zwei große Hebel: Input und Output. Auf der Input-Seite geht es darum, dass zu attraktiven Preisen produziert werden kann. Wesentliche Faktoren sind Rohstoffe, Energie, Kapital, Innovation, Steuern, Regulierung und Arbeitskraft. Auf der Output-Seite ist das Ziel, dass die produzierten Waren zu möglichst hohen Preisen in möglichst großem Volumen verkauft werden. Das Ziel sollte es sein, beide Hebel auf „Marktwirtschaft“ zu stellen.

Energiepreise senken

Damit die Industrie kostengünstig produzieren kann, braucht sie Energie zu konkurrenzfähigen Preisen. Hier muss zwischen kurz-, mittel- und langfristigen politischen Maßnahmen unterschieden werden.

- **Kurzfristig** geht es darum, **das Schlimmste zu verhindern**. Dafür sollten EU-Institutionen und Mitgliedstaaten die Krisen der vergangenen Jahre präzise analysieren. Die verschiedenen Reaktionen der Mitgliedstaaten auf Energiekrise und Teuerung sind ein natürliches Experiment mit großem Potenzial für neue Erkenntnisse, weil Ökonomen empirische Ergebnisse ganzer Volkswirtschaften mit Modellrechnungen vergleichen können. Auf Basis der wissenschaftlichen Erkenntnisse sollte die EU-Kommission einen Politik-Werkzeugkasten entwickeln, der den Mitgliedstaaten dann als Grundlage für evidenzbasierte Politik dienen kann. Der Staat könnte etwa durch direkte **Preisinterventionen** oder **Steuerpolitik** (Besteuerung und Umverteilung von Marktlagengewinnen oder niedrigere Steuern auf Energie) auf die Energiepreise einwirken. Gerade für energieintensive Industrien können kurzfristige Preiseingriffe in Krisenzeiten sinnvoll sein, solange eine dadurch erhöhte Nachfrage nach fossiler Energie vermieden wird – etwa durch eine Kopplung an Dekarbonisierungs-Maßnahmen.

- **Mittelfristig** kann der Staat **Fixkosten umverteilen**, wie etwa Netzgebühren, die Investitions- und Risikokosten für den Ausbau erneuerbarer Energie oder für flexible Kapazitäten, die immer wichtiger werden, um Nachfragespitzen auszugleichen. Das würde der Industrie nützen, ohne den Privathaushalten allzu sehr zu schaden (Heussaff et al. 2025). Auch aktuelle Pläne der EU-Kommission sehen vor, dass die Mitgliedstaaten kurzfristig **Stromsteuern und Netzentgelte senken**. Gerade den energieintensiven Industriezweigen kann das zugutekommen. Zudem will die Kommission den **europäischen Gasmarkt radikal reformieren** und die Markteffizienz steigern. Das ist begrüßenswert. Denn als geschlossener Block hat die EU wesentlich mehr Marktmacht als jeder Mitgliedstaat für sich. Noch wichtiger ist jedoch, dass die EU **so rasch wie möglich unabhängig von einzelnen großen Energielieferanten** wird, ob fossil oder nicht. Dafür braucht es eine klare Strategie, große Investitionen und (leider auch) Zeit.
- **Langfristig** kann der Staat **strukturelle Maßnahmen** setzen, die Bereiche wie Energie-Infrastruktur und Netze, Marktdesign und regulative Rahmenbedingungen betreffen. Etwa kann **mehr Wettbewerb** unter den Energieanbietern die Preise senken. Am wichtigsten ist aber der **Umstieg auf erneuerbare Energien** und die **Vollendung der Energieunion**.

Für die Energiewende müssen **Energienetze** entsprechend angepasst und ausgebaut werden. Das erfordert **massive Investitionen** und **europaweite Koordination**, die auf EU-Ebene im Rahmen der sogenannten **Transeuropäischen Netzwerke für Energie** (TEN-E) bereits stattfindet. Infrastruktur-Projekte mit Mitglieds- und Nachbarstaaten (wie etwa der Ukraine) werden aus dem EU-Budget kofinanziert. Das **ermöglichte** etwa 2025 die **Vollintegration der baltischen Staaten in das EU-Elektrizitätsnetz**. Bis 2026 will die Kommission einen Entwurf (European Grid Package) vorlegen, um die TEN-E-Verordnung weiter zu vereinfachen und den Ausbau der **Energieunion** voranzutreiben, die im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) explizit vorgesehen ist. Derzeit sind dafür über die Connecting Europe Facility (CEF) von 2021 bis 2027 **33,1 Milliarden Euro** aus dem EU-Budget (MFF) vorgesehen. Der Vorschlag der Kommission ist begrüßenswert, denn ein gemeinsames EU-Energienetz **würde** sowohl den Wettbewerb als auch die Markteffizienz steigern und damit die **Kosten für Energiekunden insgesamt senken**. Allein für den Ausbau des Elektrizitätsnetzes werden bis 2030 noch **584 Milliarden Euro** an **Investitionen benötigt** (European Commission 2025). Um Energie langfristig günstiger und die Versorgung resilienter zu machen, sollte das **nächste MFF** daher **höhere Mittel** für TEN-E-Projekte bereitstellen.

Kostenwahrheit für Emissionen

Weil **Wasserkraft, Photovoltaik und Windkraft** bereits **günstiger** sind **als fossile Energieträger** (IRENA 2024), liegt die **Energiewende im wirtschaftlichen Interesse der Industrie**. Um sie zu beschleunigen, ist es sinnvoll, **Kostenwahrheit** herzustellen. EU-Staaten sollten daher rasch klimaschädliche **Subventionen für fossile Energieträger abschaffen**. Doch diese haben sich stattdessen von 2015 bis 2023 mit 111 Milliarden Euro **fast verdoppelt**.

Auch der **EU-Emissionshandel** (EU-ETS) ist ein nützliches Werkzeug, um für Kostenwahrheit zu sorgen. Um zu **verhindern**, dass er durch **Emissionsverlagerung** zum Wettbewerbsnachteil für heimische Produzenten wird, sind die 2026 in Kraft tretenden CO₂-Ausgleichszölle (**CBAM**) gut geeignet. Mit dem Omnibus-Simplifizierungspaket der Kommission wurde 2025 eine großzügige **Bagatellgrenze** von **50 Tonnen** an Importen der betroffenen ETS-Güter eingeführt (Zement, Eisen und Stahl, Aluminium, Düngemittel, Elektrizität und Wasserstoff). Dadurch werden etwa **90 Prozent der Importeure entlastet** – vor allem **KMUs**. Zugleich bleiben aber **99 Prozent aller Emissionen erfasst**. So weit, so gut.

Es besteht aber das **Risiko, dass Importeure auf** noch nicht vom CBAM betroffene **nachgelagerte Produkte umsteigen**, statt zu weniger emissionsintensiven Anbietern zu wechseln. Deswegen wird bereits diskutiert, den **CBAM auf nachgelagerte Produkte aus-**

zuweiten und **Umgehungsmaßnahmen zu verbieten**, was unter den aktuellen Umständen **sehr empfehlenswert** erscheint. Zudem trägt die noch immer unklare EU-Legislatur zur ohnehin hohen **Unsicherheit** auf den Weltmärkten bei (Crick/Patel/Evans 2025). Auch bestehen **potenzielle Konflikte mit dem internationalen Handelsrecht**. Die Kommission sollte daher jedenfalls prüfen, ob im CBAM **Ausnahmen für Entwicklungsländer** oder am wenigsten entwickelte Länder nötig sind. Um für **Klarheit und Planungssicherheit** zu sorgen, sollten alle **Anpassungen behutsam**, schrittweise und in engem Dialog mit Stakeholdern stattfinden.

Kluge Politik braucht klare Daten

Die **Datenlage** zu Energiethemen ist in Europa vielfach **unzureichend**. Das macht es schwierig, die möglichen Auswirkungen energiepolitischer Maßnahmen zu prognostizieren. Um Entscheidungsträger:innen und Wissenschaftler:innen ihre Arbeit zu erleichtern, sollte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) so bald wie möglich **qualitativ hochwertige und ausreichend granulare Daten sammeln und veröffentlichen**. Zudem sollte die Energiepolitik der EU-Staaten in der Energiekrise eingehend analysiert werden. Denn dieses einmalige natürliche Experiment verspricht wertvolle neue Erkenntnisse.

Mehr Resilienz bei kritischen Rohstoffen

Die **Abhängigkeit** von externen **Rohstofflieferungen** ist ein schwerwiegendes Problem. Europa benötigt dringend **andere Lieferanten als China**. Hier kommt **etwa Südafrika** infrage, mit dem die EU-Kommission derzeit in Verhandlungen über ein Freihandels- und Investitionsabkommen steht. Wegen ihrer seltenen Erden könnten auch Brasilien, Indien, Australien und Vietnam wichtige Partner sein. Aufgrund ihrer Nähe sind auch rohstoffreiche nordafrikanische Länder von erheblicher strategischer Bedeutung. Zusätzlich ist kurzfristig ein EU-weit koordiniertes System der **Lagerhaltung** nötig, damit Europa besser auf externe Schocks vorbereitet ist. Durch gesetzliche Vorgaben für **Produktdesign** und **Entsorgung**, vor allem aber durch preisliche Anreize sollte künftig verhindert werden, dass wertvolle Rohstoffe auf Mülldeponien enden. Die Umstellung auf **Kreislaufwirtschaft** birgt enormes Potenzial, insbesondere in der Aufbereitung von PV-Paneelen und Batterien, wo nicht nur sekundäre Rohstoffe warten, sondern auch **Milliarden-Gewinne locken**.

Noch wichtiger als die weitestgehend offensichtlichen mittelfristigen Maßnahmen ist eine **präzise Faktenbasis**, auf Grundlage derer evidenzbasierte Politik gemacht werden kann. Risiken stellen potenzielle Kosten dar. Risikovermeidung bedeutet tatsächliche Kosten. Diese beiden Posten müssen also in der korrekten Relation zueinander stehen, **damit aus Industriepolitik**

nicht kopflloser Aktionismus wird. Allerdings braucht es noch **erhebliche Forschungsanstrengungen**, um die langfristigen wirtschaftlichen Kosten möglicher Versorgungsengpässe genau abschätzen zu können.

Was Europa keinesfalls braucht, ist ein **Subventionswettlauf** ohne Aussicht auf Erfolg. Der Ausbau heimischer Kapazitäten zur Erzeugung strategischer Rohstoffe ist grundsätzlich sinnvoll, erfordert aber massive Subventionen. Gerade im Wettbewerb mit China ist es aber zweifelhaft, ob diese sich auszahlen werden. Denn die **Kostenvorteile chinesischer Produzenten** erklären sich **nicht nur durch Subventionen**, sondern auch durch niedrige Arbeits- und Energiekosten, geringe Umweltstandards, einen technologischen Vorsprung und Größenvorteile. China fördert und verarbeitet mehr als 50 Prozent von 19 der 34 Rohstoffe, die die Europäische Kommission als wesentlich einstuft. Bei mehreren für Rüstungsgüter wichtigen Rohstoffen liegt dieser Prozentsatz sogar noch weit höher. Die Volksrepublik raffiniert 100 Prozent aller schweren Seltenerdmetalle, 98 Prozent des gesamten Galliums, 93 Prozent des gesamten Germaniums und 82 Prozent des gesamten Wismuts weltweit (Teer 2025). Dazu kommt, dass China große lokale Rohstoffvorkommen hat. **Chinas Monopolstellung bei kritischen Rohstoffen** ist also **mittelfristig nicht zu brechen**; vor allem nicht von der EU. Es zu versuchen, **wäre Zeitvergeudung**.

Innovation durch Start-ups und Risikokapital

Ein gesundes **Innovationsökosystem** braucht **Gründungen** und **Risikokapital**. Bei beidem gibt es Probleme. Nur 5 Prozent des weltweiten Risikokapitals fließen nach Europa – in die USA fließen 52 Prozent (Draghi 2024). Auch Börsengänge sind für Unternehmen in der EU wesentlich weniger attraktiv als in den USA oder China. Viele EU-Unternehmen sind noch immer weitgehend auf traditionelle Bankenfinanzierung angewiesen. Eine wirkliche **Kapitalmarktunion** könnte helfen, den bestehenden Liquiditätsbedarf von Start-ups und Scale-ups zu decken und die EU für globale Investoren attraktiver zu machen.

Aufholbedarf gibt es auch **beim Gründen und Skalieren**. Während US-Start-ups sofort in allen 50 Bundesstaaten loslegen können, müssen europäische Gründer:innen 27 unterschiedliche Gesetzes-, Steuer- und Bürokratiesysteme durchdringen. Mit der Societas Europaea (SE) gibt es zwar eine **einheitliche europäische Gesellschaftsform**, allerdings ist sie für die Bedürfnisse von Start-ups und Scale-ups wenig geeignet. Die EU-Kommission ist sich des Problems grundsätzlich bewusst und hat angekündigt, mit dem „**28. Rechtssystem**“ bis 2026 ein **gesamteuropäisches Zivilrecht** zu entwerfen, dem sich Firmen freiwillig unterstellen können. Ähnliche Initiativen sind in der Vergangenheit krachend gescheitert. **Auf dem Papier** bleibt die Idee aber **interessant**.

Roboter statt Arbeiter

Sinkende Beschäftigung in der Industrie bei gleichbleibendem oder sogar steigendem industriellem Output ist für entwickelte Volkswirtschaften **normal**. **Dagegen lässt sich nichts machen**. Die **wesentlichen Inputs** für die Industrie sind heutzutage **Maschinen, Roboter und Technologien**. Klassische Arbeiter:innen weichen zusehends **hochspezialisierten und gut ausgebildeten Fachkräften**, die aber **nicht massenhaft gebraucht** werden.

Um die hohen **Lohnstückkosten** zu **kompensieren**, sollte die europäische Industrie massiv in **Forschung und Entwicklung** investieren und zugleich **Automatisierung und KI** im sekundären Sektor massiv ausrollen. Ein gutes **Beispiel**, wie das gelingen kann, ist die **Schweiz**. Dort gibt es einen gut entwickelten tertiären Sektor und eine starke Industrie, die auch im internationalen Wettbewerb mithalten kann, obwohl die Schweiz das Land mit dem dritthöchsten jährlichen Durchschnittseinkommen der Welt ist.

Um die nötigen Fachkräfte bereitzustellen, sind **massive gezielte Investitionen in berufliche und akademische Ausbildung** nötig. Gleichzeitig muss die **Anerkennung von Bildungsabschlüssen** zwischen verschiedenen EU-Staaten und gegenüber Drittstaaten stark vereinfacht werden, um mehr **Mobilität** zu ermöglichen.

Märkte, Märkte, Märkte!

Die EU braucht Zugang zu Märkten; einerseits um ihre Produkte absetzen zu können, andererseits um wichtige Inputs einzukaufen. Das ist eine **dreifache Aufgabe**: Europa muss **bestehende Partnerschaften erhalten** und vertiefen, **neue Partnerschaften aufbauen** und seinen **Binnenmarkt** massiv **stärken**.

Die EU hat derzeit **Handelsabkommen** mit 80 Ländern. 26 sind fertig verhandelt und müssen noch ratifiziert werden. Mit 28 Staaten steht die Union in Verhandlung, davon mit sieben in aktiven Gesprächen. 21 Verhandlungen sind aus verschiedenen Gründen pausiert. Die instabile geopolitische Lage könnte den Druck auf Verhandlungspartner erhöhen, rasch zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Daher sollte die EU jetzt noch dringlicher daran arbeiten, **pausierte Verhandlungen wiederaufzunehmen, laufende abzuschließen** und **unterzeichnete** so rasch wie möglich zur **Ratifizierung** zu bringen. Insbesondere das 2024 ausverhandelte **EU-Mercosur-Abkommen** sollte 2026 ratifiziert werden. Eine interessante Option für Abkommen auf multilateraler Ebene ist die Transpazifische Partnerschaft (**CPTPP**) mit den Signatarstaaten Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, dem Vereinigten Königreich und Vietnam. Die EU sollte jetzt ein **starkes Netzwerk** von Partnern bilden, die Interesse am **Erhalt des regelbasierten Welthandels** haben. So wäre es auch möglich, die Willensbildung der **WTO** positiv zu beeinflussen und notwendige **Reformen** voranzutreiben.

ben, wie etwa eine **Reparatur des Streitschlichtungsmechanismus** oder ein Ende von **Chinas Einstufung als Entwicklungsland**.

Insbesondere die **Stärkung des Binnenmarkts** birgt wichtiges Potenzial. Der Internationale Währungsfonds schätzt, dass die noch bestehenden Hürden im EU-Binnenmarkt einem durchschnittlichen Zoll von 44 Prozent auf Waren und erstaunlichen 110 Prozent auf Dienstleistungen entsprechen. Während der Fokus der politischen Debatte also oft bei den wirtschaftlichen Folgen externer Zölle im Handel mit Drittstaaten liegt, werden **interne Handelshemmnisse** oftmals vergessen.

Für Europas Verteidigung ist ein **Binnenmarkt für Rüstungsgüter** nötig. Solange EU-Staaten auf nationale Alleingänge setzen, besteht das konkrete **Risiko**, dass die aufgrund der europäischen Rüstungsinitiativen **gesteigerte Nachfrage zu höheren Preisen führt**. Da eine Änderung von Artikel 346 AEUV derzeit nicht realistisch ist, sollte das im Rahmen eines **eigenständigen völkerrechtlichen Vertrags** erfolgen, wie es etwa die European Sky Shield Initiative vorzeigt.

QUELLENVERZEICHNIS

ACEA (2025): Economic and Market Report. Global and EU auto industry: Full year 2024. European Automobile Manufacturers’ Association (ACEA). In: https://www.acea.auto/files/Economic_and_Market_Report-Full_year_2024-rev.pdf (letzter Zugriff am: 24.6.2025).

Madalena Barata da Rocha/Nicolas Boivin/Niclas Poitiers (2025): The economic impact of Trump’s tariffs on Europe: an initial assessment. Bruegel. In: <https://www.bruegel.org/analysis/economic-impact-trumps-tariffs-europe-initial-assessment> (letzter Zugriff am: 24.4.2025).

Roberta Capello/Silvia Cerisola (2023): Regional Reindustrialization Patterns and Productivity Growth in Europe. In: Regional Studies, Vol. 57(1), 1–12. In: <https://doi.org/10.1080/00343404.2022.2050894> (letzer Zugriff am: 1.9.2025).

Ben Crick/Shyamal Patel/Stuart Evans (2025): CBAM Is Coming – Can Steel and Aluminium Supply Chains Bear the Costs? In: <https://www.fastmarkets.com/insights/cbam-is-coming-can-steel-and-aluminium-supply-chains-bear-the-costs> (letzter Zugriff am: 9.7.2025).

Mario Draghi (2024): The Future of European Competitiveness. Part B: In-Depth Analysis and Recommendations. Europäische Kommission. In: https://commission.europa.eu/document/download/ec1409c1-d4b4-4882-8bdd-3519f86bbb92_en?filename=The%20future%20of%20European%20competitiveness_%20In-depth%20analysis%20and%20recommendations_0.pdf (letzter Zugriff am: 13.6.2025).

European Commission (2025): Action Plan for Affordable Energy. In: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52025DC0079&qid=1741780110418> (letzter Zugriff am: 9.7.2025).

European Commission (Hrsg.) (2024): Key Figures on European Business. Luxembourg: Publications Office. In: <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/15216629/19617658/KS-ET-24-001-EN-N.pdf/1e0609f7-7014-e3bc-a0d3-f173c1f1f575?version=4.0&t=1721303309387> (letzter Zugriff am: 3.7.2025).

Eurostat (2025a): Sold production, exports and imports. In: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ds-056120/legacyMultiFreq/table?lang=en&category=cult.cult_ent (letzter Zugriff am: 25.6.2025).

Eurostat (2024): Industrial Production Statistics. In: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Industrial_production_statistics#Industrial_production_by_sector (letzter Zugriff am: 18.6.2025).

Eurostat (2025b): EU car trade surplus: €89.3 billion in 2024. In: <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20250401-1> (letzter Zugriff am: 25.6.2025).

Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie (2025): Jahresbericht der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie 2023-2024. In: <https://www.feei.at/wp-content/uploads/2024/07/feei-jahresbericht-2023-2024.pdf> (letzter Zugriff am: 27.6.2025).

Conall Heussaff et al. (2025): Who Should Be Charged? Principles for Fair Allocation of Electricity System Costs. Bruegel. In: <https://www.bruegel.org/policy-brief/who-should-be-charged-principles-fair-allocation-electricity-system-costs> (letzter Zugriff am: 20.6.2025).

IRENA (2024): Renewable power generation costs in 2023. Abu Dhabi: International Renewable Energy Agency. In: https://www.irena.org/-/media/Files/IRENA/Agency/Publication/2024/Sep/IRENA_Renewable_power_generation_costs_in_2023.pdf (letzter Zugriff am: 3.7.2025).

Juan Mejino-López/Guntram Wolff (2024): What Role Do Imports Play in European Defence? In: <https://www.bruegel.org/analysis/what-role-do-imports-play-european-defence> (letzter Zugriff am: 26.6.2025).

Michael Peneder/Serguei Kaniovski/Bernhard Dachs (2003): What Follows Tertiarisation? Structural Change and the Role of Knowledge-Based Services. In: The Service Industries Journal, Vol. 23(2), 47–66. In: <https://doi.org/10.1080/02642060412331300882> (letzer Zugriff am 1.9.2025).

Lorenzo Rotunno/Michele Ruta (2024): Trade Implications of China’s Subsidies. In: IMF Working Papers, Vol. 2024(180), 1. In: <https://doi.org/10.5089/9798400282478.001> (letzer Zugriff am 1.9.2025).

Robert Rowthorn/Ramana Ramaswamy (1999): Growth, Trade, and Deindustrialization. In: IMF Staff Papers, Vol. 46(1), 18–41. In: <https://www.imf.org/external/Pubs/FT/staffp/1999/03-99/pdf/rowthorn.pdf> (letzer Zugriff am: 1.9.2025).

Siri Aas Rustad (2025): Conflict Trends: A Global Overview, 1946–2024. Oslo: Peace Research Institute Oslo (PRIO). In: <https://cdn.cloud.prio.org/files/31b69202-0728-4852-94e9-a08bdf662fe9/Rustad%20-%20Conflict%20Trends%201946-2024%20-%20PRIO%20Paper.pdf?inline=true> (letzter Zugriff am: 12.6.2025).

Ryan Sweet et al. (2025): Trump 2.0: US Economy & Policy Shifts. In: <https://static-eu.akamaized.net/event/80/00/13/71/32/rt/1/documents/resourceList1746602596391/trump100daysglobalmay202511746602596391.pdf> (letzter Zugriff am: 7.5.2025).

Boris Teer (2025): European Ministers of Defence - Save Europe, invest in mining! In: <https://www.iss.europa.eu/publications/commentary/european-ministers-defence-save-europe-invest-mining> (letzter Zugriff am: 22.8.2025).

The Energy Institute (EI) (2025): Statistical Review of World Energy. In: <https://www.energyinst.org/statistical-review> (letzter Zugriff am: 26.6.2025).

Frederick Van Der Ploeg (2011): Natural Resources: Curse or Blessing? In: Journal of Economic Literature, Vol. 49(2), 366–420. In: <https://doi.org/10.1257/jel.49.2.366> (letzer Zugriff am 1.9.2025).

Wirtschaftskammer Österreich (WKO) (2025a): Export- und Importquoten. In: <https://www.wko.at/statistik/eu/europa-exportquoten.pdf> (letzter Zugriff am: 19.6.2025).

Wirtschaftskammer Österreich (WKO) (2025b): Österreichs Industrie Kennzahlen. In: <https://www.wko.at/oe/industrie/bsi-kennzahlen-2025.pdf> (letzter Zugriff am: 19.6.2025).

WKO/Außenwirtschaft Austria (2025): Österreichs Exportwirtschaft 2024/2025/2026. In: <https://www.wko.at/oe/aussenwirtschaft/exportwirtschaft.pdf> (letzter Zugriff am: 27.6.2025).

IMPRESSUM:

NEOS Lab – Das liberale Forum

Am Heumarkt 7/2/1

1030 Wien

Österreich

Druck: Printpool, Stiftgasse 27, 1070 Wien